Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich einmal, außer den 2. Feiertagen.
Bezugspreis: Wöchentlich 200 M., monatlich 870 M., vorauszahlbar, frei ins Haus. Für Abholer 830 M. Auch durch die Post zu beziehen.
Redaktion: Fehlandstraße 11, erster Stock. Verantwortlicher Redakteur: Paul Bugdahn, Altona.
Expedition: Fehlandstraße 11, Erdgeschoß. Buchhandlung: Erdgeschoß.
Buchdruckerei-Kontor: Fehlandstraße 11, erster Stock.

Hamburger Echo

Einzelpreis 35 M.

Anzeigen die zwölfgespaltene Petitzeile 120 M., unter Ausschluß der „Geschäftlichen Rundschau“. Arbeitsmarkt 45 M., private Familienanzeigen 40 M. Kleine Anzeigen bis 9 Zeilen die Zeile 60 M., von 10 bis 15 Zeilen 80 M. Reklamezeile 600 M. Anzeigen müssen im voraus oder sofort bezahlt werden. Anzeigen-Annahme Fehlandstraße 11 im Erdgeschoß (bis 7 Uhr abends für den folgenden Tag), in den Filialen (bis 3 Uhr) und in allen Annonc.-Bureaus. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Nr. 525. Freitag, den 8. Dezember 1922. 36. Jahrgang.

Kornkammern des Reichs.

Auf einer Jubiläumstagung des Oberbayrischen Christlichen Bauernvereins hat kürzlich Dr. Heim, der beinahe Reichsernährungsminister geworden wäre, über die Sicherung der Brotversorgung gesprochen. In dieser Rede stellte er den Satz auf: Die Sicherung unserer Vorräte an Brotgetreide müsse unbedingt durch die öffentliche Hand, das heißt durch das Reich geschehen. Dr. Heim erkennt also an, daß man die Versorgung der Bevölkerung mit dem wichtigsten Nahrungsmittel nicht mehr der Willkür des freien Handels überlassen kann. Die Frage, auf welche Weise die Sicherstellung erfolgen soll, beantwortet er so:

Neben der Einschränkung der Handelserlaubnis vor allem dadurch, daß die Reichsgetreidestelle Mühlen pachten und das Getreide bis zur letzten Hand selbst verwerten soll, um so den ganzen Getreidemarkt zu kontrollieren und preisregelnd zu wirken. Dr. Heim berechnet aus diesem Plan, verbunden mit dem Wegfall der Bankkredite und der Umsatzsteuer eine Ersparnis von 25 %. Schließlich fordert Dr. Heim noch die Einführung einer deutschen Kornmark durch die Herausgabe von Kassenscheinen mit Pfandcharakter auf der Basis der Getreidevorräte der Reichsgetreidestelle.

Wie wir von gutunterrichteter Seite erfahren, hält man es für wünschenswert, daß Dr. Heim sich etwas konkreter und bestimmter ausdrückt. Dem Vorschlag an sich steht man nicht ohne Sympathie gegenüber. Vor allem betrachtet man den Satz Dr. Heims, daß die Landwirtschaft die Sicherung des Brotes durch die öffentliche Hand für notwendig halte, als wertvolles Bekenntnis. Die Einschränkung des Handels, die Dr. Heim fordert, ist bereits durch eine Verordnung des Reichsernährungsministeriums geregelt. Bedenken aber hat man gegen den Vorschlag über die Pachtung von Großmühlen durch die Reichsgetreidestelle. Wir haben in Deutschland 47 000 Mühlen, davon sollen 300 Großmühlen gepachtet werden. Deren Standort liegt zum Teil an der Ostgrenze, an der Wasserkante und am Rhein (bis Mannheim). In Bayern, Württemberg und auch in Thüringen stehen bereits solche großen Mühlen. Weil nun diese Großmühlen nicht gleichmäßig über das ganze Land verstreut sind, ist auch eine Beeinflussung des Marktes schwer; denn die Transportkosten spielen in diesem Punkt eine große Rolle. Es ist sehr fraglich, ob die Reichsgetreidestelle bei eintretender Knappheit infolge der Transportspesen, die sie haben muß, bald da, bald dort auf den Markt drücken kann. Und die Betriebskosten der gepachteten Mühlen? Die Mühlen sollen voll beschäftigt sein. Das bedeutet fortlaufende Warenbeschaffung und starke Unfreiheit beim Einkauf. Die kleinen Mühlen können leicht ab und zu den Betrieb einschränken, nicht so Mühlen in öffentlicher Hand. Ob also hier sich eine große Verbilligung bewerkstelligen läßt, ist sehr die Frage. Ob bei der Steuer- und Geldfrage große Ersparnisse gemacht werden können, ist ebenfalls nicht ausgemacht. Bisher ist die Reichsgetreidestelle nicht umsatzsteuerfrei. Ferner aber weiß niemand, wie es auf dem Geldmarkt aussehen wird, wenn man an die Durchführung des Heimschen Vorschlags einmal herangehen würde. Vor Jahr und Tag gab es Geld genug, heute nicht mehr. Die Dinge sind also zu labil, um irgendwelche feste Kalkulation anstellen zu können. Das muß auch bei der Schaffung einer sogenannten Kornmark berücksichtigt werden. Auch für diese Kornmark gilt, was für jede doppelte Währung Geltung hat: Alles würde sich zunächst auf das gute Papier stürzen, und die Deckung würde schmelzen. Die Kornmark setzt bestimmte Getreidebestände in der Hand der Reichsgetreidestelle voraus. Gerade hier sind die Voraussetzungen schwieriger und unsicherer als in allen andern Fällen der Stabilisierungsfrage. Ein vorübergehender Notstand, irgend ein nicht vorherzusehender Schicksalsschlag zwingt zur schnellen Verminderung der Bestände und damit zur Verminderung der Deckung. Soll aber dann das Loch in der Deckung gerade in der ungünstigsten Zeit wieder aufgefüllt werden?

Wie man also die Dinge betrachtet, auch für den Vorschlag Dr. Heims gilt das gleiche wie für die meisten unserer Probleme: Erst Stabilisierung der Mark, dann Pläne; denn das Risiko geht auf Kosten des Reichs.

Dies soll uns aber nicht abhalten, den Vorschlag Dr. Heims reiflicher Erwägung allen in Betracht kommenden Stellen, insbesondere den politischen und wirtschaftlichen Organisationen zu empfehlen. Es ist übrigens nicht zum erstenmal, daß der bayrische Bauernagitator, zu dessen politischen Ansichten wir sonst in schärfster Opposition stehen, in Fragen der Volksernährung einen Standpunkt einnimmt, dem wir unsere Sympathie bezeugen können. Als er vor mehreren Jahren als Gast der schleswig-holsteinischen Landwirte auf einer Tagung in Rendsburg sprach, hat er über den agrarischen Eigennutz und die Not der städtischen Bevölkerung mutige Worte gefunden, die unvergessen bleiben sollen. Selbstverständlich spielte auch dabei seine auf Stärkung des staatlichen Einflusses der bäuerlichen Bevölkerung gerichtete Politik mit hinein. Aber wir wollen auch kein Hehl daraus machen, daß die so ungeheuer brotverteuernden Praktiken des Zwischenhandels schließlich nicht anders beseitigt werden können, als eben dadurch, daß eine direkte Verbindung zwischen Produzenten und Konsumenten, zwischen landwirtschaftlicher und städtischer Bevölkerung geschaffen wird. Und diese Verbindung kann nur der Staat schaffen. Dem Handel mag dies höchst unerwünscht sein, zumal dem Handel, der nur Spekulationsgeschäfte betreibt und seine Gewinne nicht aus irgendwelcher volkswirtschaftlich notwendiger Arbeit, sondern lediglich aus wucherischer Ausbeutung der Volksnot zieht. Diesen Beutemachern ist jede Verständigung zwischen Landwirtschaft und Arbeiterschaft ein Dorn im Auge. Woraus es sich denn auch erklärt, daß die Artikel eines landwirtschaftlichen Sachverständigen über die Reform unserer Ernährungspolitik, die zu Anfang dieses Monats im „Hamburger Echo“ erschienen, vom Organ der hiesigen Börsenjobber, dem „Hamb. Correspondent“, sehr ungnädig aufgenommen worden sind. Wir entnehmen daraus nur, daß diese Artikel den richtigen Weg gewiesen haben, zwischen der Arbeit auf dem Lande und der Arbeit in der Stadt eine Verständigung darüber herbeizuführen, wie die Volksernährung, vor allem die Brotversorgung, am besten gesichert werden kann.

Hermes über die Finanzlage.

Reichsfinanzminister Dr. Hermes hat am Donnerstag im Haushaltsausschuß des Reichstags eine großangelegte Rede zur Begründung des Nachtragsetats der allgemeinen Finanzverwaltung gehalten. Allein im ordentlichen Haushalt müssen 343 Milliarden Mark nachgefordert werden, so daß die Ausgaben dieses Postens auf 442 Milliarden Mark steigen. Auch der außerordentliche Haushalt hat sich wesentlich erhöht. Durch die katastrophale Geldentwertung, deren Gründe der Reichsfinanzminister eingehend darlegte, ist der Haushalt, wie er am Beginn des Rechnungsjahres aufgestellt wurde, vollkommen illusorisch geworden. Rapide Preissteigerungen, über deren drückende Last die Scheingewinne der Industrie nicht hinwegtäuschen können, haben über weite Bevölkerungskreise, insbesondere über den Mittelstand, große Not gebracht. Das ganze Volk zehrt von der Substanz des Vermögens. Angesichts dieser Tatsachen sind die Ausgaben des Reichshaushalts wesentlich angewachsen, während die Einnahmen zwar auch, aber nicht im gleichen Tempo, gestiegen sind. Hat man vom ursprünglichen Haushalt erwarten können, daß bei einem Dollarstand von 300 das Gleichgewicht hergestellt war, so hat sich das Bild jetzt vollkommen verkehrt. Die schwebende Schuld stieg von Ende März bis Anfang Dezember von 272 auf 880,9 Milliarden Mark. Die Last der Reparationszahlen ist infolge der Valuta-Entwertung ganz ungeheuerlich gestiegen. 618½ Milliarden Mark, etwa das Dreifache des ursprünglich vorgesehenen Betrages, müssen dafür in den Haushalt eingesetzt werden. Unter diesen Umständen fordert der Minister einen Ausbau der Steuerverwaltung, um die Steuern rascher und wirksamer einheben zu können; daneben verlangte er die Neuregelung des Verhältnisses zwischen den Ländern und Gemeinden durch die Novelle zum Landessteuergesetz, um der Not der Kommunen zu Hilfe zu kommen.

Wichtiger noch als diese allgemeinen Dralegungen, die ein erschütterndes Bild von der finanziellen Notlage des Deutschen Reiches geben, war der außenpolitische Teil seiner Rede. Unter Hinweis auf die große Passivität der Handels- und Zahlungsbilanz, die vor allem durch das Versailler Diktat herbeigeführt worden ist und die auch durch das Moratorium nicht beseitigt werden konnte, weil es an Gegenleistungen geknüpft war und weil es die Unsicherheit für die Zukunft nicht von Deutschland nahm, verlangte er eine Regelung des Reparationsproblems, die es Deutschland erlaubt, aus den Ueberschüssen seiner Wirtschaft Zahlungen zu erfüllen. Hierzu sei die Stabilisierung der Mark erforderlich, aber ohne Hilfe des Auslandes nicht durchzuführen. In Uebereinstimmung mit den Zusagen der Regierung in ihrer letzten Note an die Reparationskommission erklärte er, die Reichsregierung sei bereit, an einer vernünftigen und sachlich möglichen Zwischenlösung mitzuarbeiten und betonte, daß sie kein Mittel zur Lösung der gegenwärtigen Schwierigkeiten unversucht lassen werde. Nur wenn die Reparationsfrage sachlich behandelt würde, könne Ruhe und Vertrauen in Europa und in der ganzen Welt wieder einkehren.

Man kann in diesen letzten Erklärungen einen offiziellen Hinweis darauf erblicken, daß die Regierung jetzt wieder an neuen Reparationsvorschlägen arbeitet. Sie wird hier die Unterstützung der Sozialdemokratie nur solange finden, als sie die Note vom 13. November zur Grundlage ihrer künftigen Reparationspolitik macht. Im übrigen hätten wir noch ein stärkeres Bekenntnis zu der deutschen Währung erwartet, die zu sanieren auch dann versucht werden muß, wenn die Entente den deutschen Vorschlägen nicht das notwendige Verständnis entgegenbringt. Insbesondere hätten wir gewünscht, daß der Minister sich auch über seine Auffassung von der Bekämpfung der Devisenspekulation äußerte. Man weiß, welche Einflüsse am Werke sind, um die Stabilisierung der Mark zu hintertreiben oder wenigstens auf die lange Bank zu schieben. Um dagegen vorzugehen, genügt nicht die Kritik, die Herr Hermes in äußerst gewandter Form geübt hat. Es gehört dazu der Wille, unter allen Umständen dem Spekulationstaumel mit der Kaufkraft des deutschen Volkes wirksame Riegel vorzuschieben. Darüber hat Herr Hermes nichts gesagt. Wann soll das nachgeholt werden? Die Sozialdemokratie erwartet jedenfalls auch zur Bekämpfung der Spekulation bald energische Maßnahmen, wie sie von dem vergangenen Reichswirtschaftsminister geplant waren.

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages, der bekanntlich am Sonnabend zusammentritt, wird sich in der Hauptsache mit dem Ostproblem beschäftigen. An Stelle des infolge der Neuwahlen in Oberschlesien ausgeschiedenen Abgeordneten Dr. Horsfeld hat die Zentrumsfraktion des Reichstages den früheren Reichskanzler Dr. Wirth in den Ausschuß entsandt.

Die spanische Regierungskrise. Marquis Alhucemas hat ein liberales Ministerium gebildet.

Reparationssorgen hüben und drüben.

Die Reichsregierung ist sich bis heute über die neuen Reparationsvorschläge noch nicht endgültig schlüssig geworden. Auch das Problem der Reparationen, das heißt die neuen Vorschläge an die Reparationskommission, will sie, ebenso wie die Antwortnoten über die Sühneforderungen und das militärische Garantiekomitee, unter dem Gesichtspunkte des Schutzes der Rheinlande behandeln.

Augenblicklich wird innerhalb der Regierung ein Reparationsplan eines bekannten Bankfachmannes erörtert, der auf die Verbindung einer äußeren mit einer inneren Goldanleihe hinausläuft. Die Erträgnisse dieser Anleihe sollen zur Hälfte Frankreich zugute kommen und zur andern Hälfte zur Stabilisierung der Mark Verwendung finden. Eine derartige Lösung würde dem von der Sozialdemokratie wiederholt vertretenen Standpunkt entsprechen. Noch unter der alten Regierung haben Vertreter der Reichstagsfraktion in interfraktionellen Besprechungen und bei andern Anlässen immer wieder darauf hingewiesen, daß eine äußere Anleihe nur möglich sein wird, wenn sie zugleich auch eine gewisse Befriedigung der finanziellen Notwendigkeiten Frankreichs bringt. Eine gewisse Befriedigung der finanziellen Wünsche der französischen Regierung bleibt die Voraussetzung für ein langfristiges Moratorium, und wir begrüßen es deshalb, daß man endlich auch in Bankkreisen zu dieser Auffassung gekommen ist.

Bei der Verwirklichung dieser Pläne scheint ein bankähnliches Institut, das Barzahlungen und Sachleistungen finanzieren soll, eine gewisse Rolle zu spielen. Dieses Bankinstitut soll in enger Zusammenarbeit zwischen Regierung und Industrie geschaffen werden. Das Kapital soll also durch das Reich und durch Garantieleistungen der deutschen Industrie aufgebracht werden.

Vorläufig ist allerdings außer einer mehr oder minder platonischen Erklärung der Bereitwilligkeit zur Mitarbeit von Opfern der Industrie nichts zu sehen. Die Abschüttelung aller jener mehr oder minder maßgebenden Persönlichkeiten aus den Kreisen der Schwerindustrie, die hinter dem Rücken der damaligen Regierung Wirth mit Barthou verhandelt haben und ihm, wie man bestimmt weiß, bestimmte Reparationsvorschläge der Industrie gemacht haben, hat jedenfalls keinen guten Eindruck im Inlande sowohl als auch im Auslande erwecken können.

Inzwischen gehen die Vorbereitungen für London weiter. Die französischen Kreise sind bezüglich der Möglichkeit des Einvernehmens der Alliierten, das erst die Einberufung der Brüsseler Konferenz ratsam machen würde, äußerst pessimistisch. Der Besuch Poincarés in London, der ursprünglich mit der Aufrollung des gesamten Reparationsplanes in Verbindung gebracht wurde, wird heute als ein „kleiner Höflichkeitsbesuch“ aufgefaßt. Eine Pariser Persönlichkeit von politischem Gewicht hat gemeint, die Premierminister würden „übereinkommen, verschiedener Ansicht zu sein, und sich nach einigen Tagen Lebewohl sagen, ohne die Absendung von Einladungen zur Brüsseler Konferenz zu beschließen“. Mag man diese Ansicht auch für allzu pessimistisch halten, so ist sie doch zweifellos der Ausdruck eines allgemeinen französischen Zweifels an der Möglichkeit einer Annäherung zwischen der französischen und der britischen Ansicht.

Anderseits ist es aber auch bekannt, daß man in England der Höflichkeitsbesuche müde ist und sachliche Arbeit zu leisten wünscht. Dazu kommt, daß, wie die „Times“ berichtet, Mussolini den ausdrücklichen Wunsch geäußert hat, daß die gesamte Frage der Wiedergutmachungen auf der bevorstehenden Zusammenkunft der Premierminister gründlich erörtert werde. Er sei der Ansicht, daß sich die Alliierten nicht mit einem oberflächlichen Uebereinkommen begnügen dürften — damit würden die wirklichen Schwierigkeiten nur verschoben und vermehrt. Sie müßten die Gelegenheit ergreifen, um einen gesunden Plan aufzustellen, der die Meinungen und die Einigkeit der alliierten Regierungen jedem Zweifel entrücke. Wenn die Alliierten in der Frage der Reparationen eine geeinte Front darstellten, so wäre ihnen die Macht gegeben, die Wiederherstellung Europas zu beschleunigen. Wenn dies mißlänge, würde Europa von einer Krise in die andere taumeln. Die Lösung könne nicht gefunden werden durch die Annahme von Maßnahmen, die nur im Interesse eines der Alliierten und nicht im Interesse aller liege. Ein Uebereinkommen könne nur dadurch gesichert werden, daß jeder der Alliierten die nationalen Interessen des andern anerkenne und daß sich jeder über die gemeinsame Gefahr klar sei. Eine Stärkung der Entente zwischen Großbritannien, Frankreich und Italien biete die einzige Sicherheit gegen die Gefahr, die Europa immer noch bedrohe. Niemals sei die Notwendigkeit ihrer Einigung größer gewesen als jetzt.

Da man noch nicht beurteilen kann, welches Gewicht Mussolini bei den Verhandlungen wird in die Wagschale werfen können und vor allem aus solchen allgemeinen Erklärungen nicht auf seine konkreten Pläne und Vorschläge schließen kann, muß man sich jeder Voraussage über den Einfluß Mussolinis auf die Entwicklung der Gestaltung enthalten. Eine Erleichterung der Situation für Deutschland ist aber durch sein Dazwischentreten nicht zu erhoffen.

Antwort an Frankreich.

Das Kabinett Cuno erfüllt.

Die Reichsregierung ist von der anfänglichen Absicht, die von der Entente geforderte finanzielle Sühne der Städte Passau und Ingolstadt einem internationalen Schiedsgericht in Genf oder im Haag zur Entscheidung zu überweisen, abgegangen. Sie beabsichtigt, jetzt nicht nur die geforderten moralischen Genugtuungen zu erfüllen, sondern auch die finanziellen Forderungen von 1 Million Goldmark zu erledigen. — Die Note wird voraussichtlich am Freitag abend abgesandt. Sie soll im Laufe des Freitags den Parteiführern zur Kenntnis gegeben werden.

Die Haltung der Reichsregierung, alles auf die eigene Kappe zu nehmen, scheint in der gegenwärtigen Situation verständlich. Welche Garantien aber bietet Bayern, daß sich in Zukunft Vorkommnisse, wie sie sich in Passau und bei Ingolstadt ereignet haben, nicht mehr abspielen? Solange die Hitler-Garden ihr Unwesen treiben, ist es klar, daß wir immer wieder neue Komplikationen erleben werden. Die Reichsregierung muß deshalb von Bayern mit aller Entschiedenheit verlangen, daß es gegen die nationalistischen Elemente vorgeht und neue Vorfälle erlebter Art für die Zukunft unterbindet. Schließlich sind die Steuern der deutschen Steuerzahler nicht dafür da, die Rüpeleien der bayrischen Nationalsozialisten zu bezahlen.

Holzforderungen und Holzlieferungen.

Für 1922 waren, wie den Blättern mitgeteilt wird, von den Alliierten angefordert worden:

Für Frankreich 200 000 Telegraphenstangen; für Belgien 1 700 000 Stück Hartholzschwellen, 41 700 Telegraphenstangen, 6000 Kubikmeter Schnittholz, 140 000 Festmeter Rundholz; für Italien 242 000 Festmeter Schnittholz, 15 000 Festmeter Rundholz, 150 000 Telegraphenstangen, 1 000 000 Eichenschwellen; für England 3 700 000 Kubikmeter Schnittholz, 1 000 000 Kiefernschwellen, 50 000 Telegraphenstangen.

Deutschland war bereit zu liefern:

An Belgien 840 000 Hartholzschwellen, 210 000 Kiefernschwellen, die verlangten Telegraphenstangen, das verlangte Rundholz und Schnittholz; an England: Probelieferung von 10 000 Kubikmeter Schnittholz und 70 000 Schwellen; an Frankreich: die geforderten Telegraphenstangen; an Italien: sämtliche verlangten Holzarten.

Dabei wurde betont, daß wir mit Rücksicht auf die verspätete Anforderung nicht in der Lage sein würden, die geforderten Holzarten zurzeit zu liefern. Von unserm Angebot sind rund 50 % geliefert worden. Von Berlin aus wird jetzt in Paris versucht, den Lieferungstermin vom 31. Dezember auf den 31. März 1923 zu verlegen. Man hofft, bis dahin den größten Teil des deutschen Angebotes durchführen zu können. Ueber die Preise ist eine endgültige Einigung noch nicht erzielt. Es wird angestrebt, daß unsere Lieferungen auf das Wiedergutmachungskonto gutgeschrieben werden.

Für 1923 hat die Reparationskommission angefordert: 6,5 Millionen Festmeter im ganzen. Deutschland glaubt technisch liefern zu können 1,44 Millionen Festmeter. Die Reparationskommission hat ihre Forderung später auf 4,8 Millionen Festmeter herabgesetzt. Die von uns angebotenen 1,44 Millionen Festmeter würden 200 Milliarden Papiermark kosten. Es kommt hinzu, daß wir unsern eigenen Bedarf fast ganz und gar aus dem Inland decken müssen, also erheblich mehr schlagen müssen als in Friedenszeiten, wo wir zu erträglichen Preisen Holz einführen konnten.

Einigung in der Meerengenfrage.

In der Konferenz von Lausanne ist ein wichtiger Fortschritt zu verzeichnen. Die Alliierten haben in der Meerengenfrage ein Protokoll ausgefertigt, das den Wünschen der Türkei weit entgegenkommt. Es sieht vollständige Freiheit der Handelsschiffahrt in Kriegs- und Friedenszeiten vor, beschränkt die Durchfahrt für Kriegsschiffe in Friedenszeiten und unterwirft den Verkehr für Kriegsschiffe im Kriegsfalle einer genauen Regelung. Das Protokoll ist von England, Frankreich und Italien unterzeichnet. England unternimmt damit eine bewußte Schwenkung in seiner Orientpolitik. Es verzichtet auf eine offene oder versteckte Sonderstellung und nimmt damit die Haltung ein, die, wenn sie früher eingenommen worden wäre, einen großen Teil der Orientwirren verhindert hätte. Das wird wahrscheinlich das wichtigste Ergebnis der Orientkonferenz bleiben. Daß Italien nach dieser Schwenkung seine Bedenken hinsichtlich der Regelung der Meerengenfrage nicht mehr aufrechterhält, ist nur folgerichtig, und Rußland gerät ein wenig in eine exponierte Stellung, wenn es sich päpstlicher zeigen sollte als die Vertreter der Türkei selbst.

Als eine Art Sensation wurde es aufgenommen, daß der Vertreter Amerikas, Child, mit einer längeren Rede in den Verlauf der Meerengendebatte eingriff. Er plädierte für die völlige Freiheit der Durchgangsstraße sowohl was die Handels- als auch die Kriegsschiffahrt anbelange. Die Kriegsschiffe, so erklärte er, seien in diesem Falle nicht nur Vertreter einer bewaffneten Macht, sondern auch „Kulturträger“. In der Ententepresse macht man sich viel Kopfzerbrechen darüber, was die Regierung der Vereinigten Staaten mit diesem Auftreten ihres Vertreters bezweckt. Man würde wahrscheinlich in die Rede zu viel hineingeheimnissen, wenn man daraus nur den Schluß ziehen wollte, Amerika beabsichtige, sich wieder aktiv an der europäischen Politik zu beteiligen. Vielmehr scheint es richtiger zu sein, von der Tatsache auszugehen, daß die Vereinigten Staaten in der Frage der Erdölvorkommen von Mossul auf eine Verständigung mit England hinarbeiten und daß sie infolgedessen auch an der Lösung der Meerengenfrage von wirtschaftlichen Gesichtspunkten aus lebhaft beteiligt sind. Eine politische Bedeutung kommt dem Auftreten Childs jedoch kaum zu. Es ist erklärlich, wenn die Vereinigten Staaten den Wunsch hatten, den englischen Standpunkt, wie er in dem Protokoll zum Ausdruck kommt, noch einmal zu unterstreichen, einen Standpunkt, der vielleicht nicht ganz unbeeinflußt von amerikanischen Einflüsterungen ist. Amerika verficht hier wie überall den Grundsatz der Offenen Tür, und es wäre kein Schaden, wenn sich England auch im Orient zu diesem Grundsatz bekehren ließe.

Es ist vielleicht nicht überflüssig, in diesem Zusammenhang daran zu erinnern, daß auch Deutschland vor dem Kriege sehr starke Interessen im Orient hatte. Es ist eine der Brutalitäten des Versailler Friedensvertrages, wenn Deutschland nicht nur seine gesamten Interessen im Orient liquidieren mußte, sondern wenn es ihm auch durch Paragraphen unmöglich gemacht wurde, von neuem handelstechnische Beziehungen zu der Türkei anzuknüpfen. Wenn also die Vereinigten Staaten auf der Konferenz von Lausanne dem Prinzip der Offenen Tür zum Siege verhelfen und wenn England seinerseits nun auch im Orient dieses Prinzip als rechtmäßig anerkennt, dann sollte man in Zukunft auch Paragraphen ausmerzen, die dem Recht auf die „Offene Tür“ ins Gesicht schlagen.

Der Postgebührenausschuß des Reichstags bestimmte am Donnerstag den neuen Post- und Telegraphengebühren, die im wesentlichen eine Verdoppelung erfahren, zu. Pressetelegramme werden nur um die Hälfte ermäßigt und der Teuerungszuschlag zu den Fernsprechgebühren auf 2900 % erhöht. Angenommen wurden Entschließungen zur Vereinfachung der Organisation des Baubetriebes, zur Erleichterung von Anmeldungen für Pressegespräche und auf künftige Berücksichtigung der wirtschaftlich Schwachen

Dollar (vorbörslich) mittlerer Kurs: 7900.

Der Zufall.

Von John Jönsson.

[41]

Friedl sah sie an. Er lächelte.

„Ich habe gar nicht an Sie gedacht — verzeihen Sie! Mich nur wohl gefühlt — so wohl, wie man's nur tut, wenn man gar nicht denkt.“

Aber was sie nun von ihm halte?

Das war ja etwas ganz anderes. Sie kannte ihn doch — wußte, wer war —

Friedl sah sie fragend an.

Aber selbstverständlich. Im Café sei man über jeden orientiert. Und vor allem habe sie ihn monatelang beobachtet — ob er denn glaubte, daß sie ihn sonst so gut hätte zeichnen können? Aber vielleicht war es am Ende gar nicht gut?

„In der Tat,“ erwiderte er und wurde ernst. „Ich habe mich gewundert und ich fing gerade an, mich für die Sache zu interessieren, als plötzlich die beiden Flegel —.“

„Lassen Sie!“ unterbrach sie ihn. „Und verderben wir uns nicht unsere Laune.“

Dann sollte sie aber von sich erzählen.

„Gut!“ willigte sie ein. „Aber auf meiner Bude, wenn Sie eine Tasse Kaffee bei mir trinken wollen?“

Sie sah zu ihm hinüber. „Und,“ fügte sie schnell zu, „vorausgesetzt, daß Sie meine Einladung nicht — übel aufnehmen!“

Friedl fühlte sich durchschaut und er schämte sich: doch wußte er nicht, ob er für sich selbst gefürchtet oder ob er etwa seinem Gegenüber mißtraut habe — —

Sie zahlten und gingen.

Nach einigen Straßenbiegungen traten sie in ein „hochherrschaftliches“ Haus, mit dem Fahrstuhl vier Stockwerke hoch, dann eine läuferlose Treppe zu Fuß.

„Hier hört der Luxus auf — dort oben wird „der Mensch“ zu Hause sein,“ dachte Friedl, von dem weichen Läufer aus die nackte Treppe weitersteigend.

Der Gedanke an die Schwägerin huschte über seine wohlige Stimmung.

Einen überraschend stilvollen Raum betretend, fühlte er sich wieder aller Gedanken ledig. Wie in alten Tagen, wo Minuten Erlebnisse sein konnten und man nicht unschlüssig den Kopf schwenkte, wenn Neues einen packte. Nach ihren eigenen Entwürfen gezimmerte, naturfarbene Holzmöbel: eingebaute Wandbänke, großflächige Tische, Truhen, niedere Sessel — farbige Wandteppiche, Tischdecken, Kissen und Lampenschirme aus Batik — schließlich: eine wunderbar lebendige, japanische Wachsmaske, müde im Ausdruck, in der Wirkung bornehm, wie eine Perle, aus erlesenem Stoffe lugend.

„Mein bester Freund!“ hatte sie ihm den müden Japaner vorgestellt, ein seidenes Tüchlein behutsam von ihm entfernend.

Friedl war noch ganz von dem Zauber des Schweigsamen gebannt, als die junge Hausfrau ihm eine türkische Kaffeemühle reichte.

„Bitte, fleißig sein!“ ermunterte sie ihn. Und während er das kleine ziselierte Metallding drehte, holte sie aus einem Nebenraum alles Nötige, um in einer Atelierecke den Kaffeetisch zu decken.

Ihm gingen Fragen durch den Kopf. Aber erst als sie die geleerten Tassen von sich gestellt und eine Weile wohlig schweigend Zigaretten gepafft hatten, raffte er sich auf, das neue Gegenständliche um sich auszukundschaften.

„Wie kommen Sie zu diesem beschaulichen alten Herrn?“ frug er und deutete auf den zeitlosen Orientalen. „Und wer sind Sie selber?“ entschlüpfte es ihm; er bereute die Worte, kaum gesprochen.

„Sind nicht Namen und Daten Fütterung gleichgültiger Neugier?“ gab sie lächelnd zurück. Ernster fuhr sie fort: „Daß ich weiß, wie Sie heißen und wer Sie sind, verdank ich dem Cafégeschwätz und meinen guten Ohren, aber es interessiert mich weniger als die beiden Gesichtshälften, die ich auf den Marmortisch zeichnete.“

Sie ging zum Ofen und schürte das Feuer. Dann breitete sie ein paar Decken davor, ihren Pelzmantel darüber. Und holte Kissen von Wandbänken und Sesseln.

„Nennen Sie mich Bea, wie die Eltern und Geschwister, wenn das „Sie“ Ihnen nicht genügt. Von rechtswegen heiß ich Beate, habe ich auf dem Taufschein gesehen.“

Sie streckte sich rücklings auf den Pelz, ein Kissen unter den Kopf drückend.

Langsam fing sie an zu erzählen.

Sie war die Tochter eines braven Gymnasialprofessors in einer größeren Provinzstadt: Papa und Mama, zwei Brüder und drei Schwestern waren noch da. Ihr kam die Sehnsucht nach der Welt mit dem Großwerden. Und da sie in der Schule die Beste im Zeichnen war, setzte sie es durch, daß sie erst die Gewerbeschule zu Hause, dann zu weiterer Ausbildung nach der Hauptstadt durfte. Seit einem Jahr war sie Lehrerin bei der Kunstgewerbeschule, lieferte außerdem Entwürfe für eine Kunsthandlung, besonders für Gewebe und Batik — Proben dessen sehe er um sich herum. Auch den nachdenklichen Japaner verdankte sie ihrem Fleiße: als sie sich gesträubt hatte, ihren Vertrag mit dem Kunsthändler zu erneuern, hatte der Geschäftsmann, der von ihrer Liebe zu der kostbaren Maske wußte, sich schließlich dazu bequemt, gegen dieses Opfer sich ihre weitere Mitarbeit zu sichern.

Sie hatte sich ihm zugedreht, um besser sprechen zu können. Jetzt ließ sie den Kopf in den Kissen zurücksinken. Ein Arm lag geradeaus gestreckt und die Hand war offen, wie zum Nehmen eines Geschenkes.

Friedl saß lange und sah zu ihr hin. Und es war ihm, als zöge sie ihn an. Er überlegte nicht, kein wacher Entschluß war in ihm, als er sich neben sie hinstreckte. Und wie eine fremde Stimme mutete ihn die an, so nach einer Weile aus ihm heraus die Frage stellte: „Was wollen Sie von mir?“

Ihre Antwort klang fern, wie belauschtes Selbstgespräch.

„Wenn Sie allein so im Café sitzen, sehen Sie so fürchterlich unglücklich aus — so dunkel, daß es mir manchmal schauderte, wie als Kind, wenn ich Dunkelangst fühlte, — — ich möchte Ihnen so gern ein bißchen Glück zutragen, ein klein wenig Helligkeit — — wenn ich nur wüßte, wie?“

Er fühlte ihre Finger über seinem Haar und ihm wurde so leicht, als würde ihm alle Bürde genommen. Hinter den geschlossenen Lidern tat sich Offenbarung auf: Sonnen und Sterne, farbige Ausstrahlungen, Kaskaden von Lichtern, in die Höhe steigend, Dunkel durchbrechend, Weltraum erhellend, erschließend —

Wieder hörte er sie sprechen. Und es war Beantwortung seines ewigen Grübelns: hatte er Fragen gestellt oder hatte sie in ihm gelesen.

Sich des Lebens freuen, hatte sie gesagt. Zu wissen und fühlen, daß man sich dessen freue — das sei wohl der ganze Sinn — — In dieser innigen Lebensfreude sei der Bote des Zeitlosen — —.

„Plötzlich war er aufgesprungen und, sich selber Widerstand, hatte er geschrien:

„Aber der Einzige sein — und auch dann ist es die Frage, ob ich nicht Bettler bin!“

Frage nach Verantwortung und Rechten füllte ihn wieder mit Zweifel.

Er griff nach Mantel und Hut und stürzte zur Tür.

„Ich muß herumlaufen — mir klar werden — —.“

„Verzeihen Sie!“ fügte er kleinlaut zu und wandte sich eilig zur Flucht.

(Fortsetzung folgt.)

Ein Gang durch die Weihnachtsausstellung.

Man muß die Feste feiern, wie sie fallen. Dies alte Sprichwort bewahrheitet sich in den heutigen nicht gerade trostreichen Zeiten ganz besonders. Die Teuerung und alle sonstigen trüben Zeichen der Zeit lassen es manchen Proletarier fast vergessen, daß er kurz vor dem schönsten Familienfeste des deutschen Volkes steht. Schon melden sich die Vorboten des von jedem Kinde mit großen Erwartungen herbeigewünschten Weihnachtsfestes. Der Dom war der erste Vorbote; ihm folgt jetzt die ebenfalls alljährlich wiederkehrende Weihnachtsausstellung des Bildungsausschusses, die am 6. Dezember in den oberen Räumen des Gewerkschaftshauses eröffnet wurde. Ein erster Blick in die geschmackvoll aufgebauten Ausstellungsräume zeigt schon, daß mancher Artikel fehlt, der sonst immer dort zu finden war. Die Teuerung läßt vieles vom Markt verschwinden, weil es dem schaffenden Volke trotz emsiger Arbeit an Mitteln fehlt, alle schönen und begehrenswerten Dinge der Welt zu erschwingen. Dennoch hat die Mannigfaltigkeit der Ausstellung dadurch nicht gelitten.

Für das Fehlende hat sich reichlicher Ersatz und wahrlich nicht schlechtester, gefunden. Es sind das die in diesem Jahre besonders stark vertretenen Handfertigkeitsarbeiten unserer Jugend, die man gleich beim Betreten der Ausstellung wahrnimmt. Was die Jugend hier geschaffen hat, übertrifft zweifellos alle Erwartungen. Mit primitivsten Mitteln weiß sie sich zu helfen. Klebearbeiten, Modellier-, Knet-, Zeichen-